

Globales Klimaschutzabkommen in Kopenhagen



Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen muss es vordringlichstes Ziel der Beratungen sein, sich verbindlich weltweit auf das Ziel festzulegen, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Darauf haben sich sowohl die G8-Staaten als auch die Staaten des Forums der führenden Wirtschaftsnationen („Major Economies Forum“) auf ihren Treffen in L'Aquila im Juli 2009

verständigt. Mit der Debatte im Bundestag unterstützen wir die Bundesregierung und unseren Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, der sich für folgende Punkte bei den Verhandlungen für ein wirksames globales Klimaabkommen einsetzen wird:

Die Industrieländer müssen klare und verbindliche Minderungsverpflichtungen übernehmen, um ihre Emissionen bis 2020 um insgesamt 25-40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren und bis 2050 um mindestens 80-95 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Schwellen- und Entwicklungsländer müssen sich zu konkreten und nachprüfbaren Minderungsbeiträgen verpflichten, die in der Summe bis 2020 zu einer Begrenzung der Emissionen um 15-30 Prozent gegenüber dem Emissionstrend führen.

Besonders in Entwicklungsländern stellt die Abholzung von Wäldern eine bedeutende Emissionsquelle dar. Daher sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, um die Bruttoentwaldung der tropischen Wälder bis 2020 um mindestens 50 Prozent zu reduzieren und bis 2030 einen weltweiten Stopp des Waldverlustes zu erreichen.

Die Emissionen des Flug- und Schiffsverkehrs nehmen kontinuierlich zu und sind bislang vom internationalen Klimaschutzregime unberücksichtigt. Ein neues Klimaschutzabkommen soll Minderungsziele für beide Sektoren umfassen: Bis 2020 sollen die Emissionen des Flugverkehrs um 10 Prozent und die Emissionen des Schiffsverkehrs um 20 Prozent gegenüber 2005 reduziert werden.

Der globale Kohlenstoffmarkt soll zum zentralen Umsetzungsinstrument des internationalen Klimaschutzes ausgebaut werden. Mit den globalen Obergrenzen werden Emissionsrechte knapp, sie bekommen einen Preis und können auf dem Kohlenstoffmarkt gehandelt werden.

Die Entwicklung und Verbreitung moderner Klima- und Umwelttechnologien soll insbesondere durch den globalen Kohlenstoffmarkt gefördert werden. Darüber hinaus sollen Anreize zur konkreten Technologiekooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gesetzt werden.

Der Gesamtfinanzbedarf für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern wird bis 2020 auf rund 100 Mrd. € p.a. anwachsen. Der Anteil öffentlicher Finanzierung daran wird in 2020 zwischen 22-50 Mrd. € betragen. Die EU wird hierzu einen angemessenen und fairen Beitrag leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag abschließend das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beraten, dem ich zugestimmt habe. Das Gesetz entlastet Bürger und Unternehmen jährlich um 8,5 Mrd. Euro.

Beispielsweise werden das Kindergeld um je 20 Euro ab dem 1.1.2010 und der Kinderfreibetrags in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro erhöht und stärkt damit Familien mit Kindern.

Die Verlängerung von Mandaten der Bundeswehr, unter anderem in Afghanistan, war in dieser Woche eines der heftig diskutierten Themen. Ich habe für die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr gestimmt. Der zukünftige Einsatz der Bundeswehr ist Voraussetzung dafür, dass weitere Aufbauarbeit geleistet werden kann. Ohne den Einsatz der Bundeswehr und ihrer Verbündeten wäre gewiss, dass die al-Qaida-Terroristen wieder einen gesicherten Rückzugsraum in Afghanistan hätten, um weltweit Terroranschläge vorzubereiten. Radikale Taliban würden die Freiheitsrechte der Afghanen wieder massiv beschneiden und Millionen von Menschen zur Flucht zwingen.

Mit ihrem von mir unterstützten Antrag anlässlich der Klimakonferenz in Kopenhagen nahmen die Koalitionsfraktionen in dieser Woche eindeutige Stellung zugunsten eines starken Klimaschutzes. Es muss in Kopenhagen möglichst eine verpflichtende Vereinbarung getroffen werden, an der die gesamte Staatengemeinschaft teilnimmt. Ein gemeinsames Abkommen kann am besten zukünftige Naturkatastrophen und Flüchtlingsdramen in Küstenregionen verhindern.

Viel Spaß bei der weiteren Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Arbeitsmarkt unerwartet stabil mit optimistischer Grundtendenz

Unser Krisenmanagement wirkt

Anlässlich der Bekanntgabe der Arbeitsmarktdaten des Monats November erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling MdB:

Der Arbeitsmarkt bleibt trotz Krise unerwartet stabil und in der Grundtendenz optimistisch. Der erneute Rückgang der Arbeitslosigkeit um nun 13.000 auf 3,215 Millionen Erwerbslose ist ein deutliches Zeichen. Besonders hervorzuheben ist der Rückgang der Kurzarbeit. Dies ist ein wichtiger Beleg dafür, dass unsere Wirtschaft anspringt. Und zwar messbar, nicht nur gefühlt. Dennoch sind wir aus arbeitsmarktpolitischer Sicht noch nicht ganz über den Berg.

Maßgeblich für die derzeit erfreuliche Entwicklung sind drei Faktoren: Unser Krisenmanagement mit der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und den beiden Konjunkturpaketen, der spürbare Aufwärtstrend in der Wirtschaft und der Wille der Unternehmen, die wirtschaftliche Durststrecke gemeinsam mit ihren Mitarbeitern zu überwinden.

Indikator für die hoffnungsvolle Entwicklung ist auch die Tatsache, dass die Zahl der Erwerbstätigen weitaus weniger zurückgegangen ist als allgemein befürchtet. Nach den heutigen Angaben des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl im Oktober nur um 0,6 Prozent auf 40,51 Millionen Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im mittelfristigen Vergleich liegt die jetzige Erwerbstätigenzahl dennoch weiterhin erfreulich hoch: Gegenüber 2005 um mehr als 1,14 Millionen höher.

Die Ausweitung der Kurzarbeit auf das Jahr 2010 sowie die Wirkung des zu verabschiedenden Wachstumsbeschleunigungsgesetzes helfen nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in entscheidendem Maße, beide Kernziele der aktuellen Arbeitsmarktpolitik schneller und nachhaltiger zu verwirklichen: Die Vermeidung von konjunkturell bedingter Arbeitslosigkeit sowie die perspektivische Stärkung und Festigung des Arbeitsmarktes. Beide Zielsetzungen geben zudem Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit wesentlich bessere Chancen, aus ihrer Situation heraus wieder schneller in Arbeit zu gelangen. Je geringer der Sockel an Kurzzeit-Arbeitslosigkeit ist, desto höher ist die Chance auf Reintegration in den Arbeitsmarkt für Menschen im ALG-II-Bezug.

Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen

Mit der Verordnung soll ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Feinstaubemissionen aus Kleinfeuerungsanlagen geleistet werden. Dieses Ziel soll mit einer neuen Generation von Feuerungsanlagen sowie durch Sanierungsregelungen bei bestehenden Anlagen erreicht werden.

Der Ausbau der energetischen Nutzung von Holz ist ein wichtiger Eckpfeiler, um den Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch zu steigern. Dabei kann der Einsatz von Holz in Kleinfeuerungsanlagen einen wichtigen Beitrag leisten. Holz ist bei nachhaltiger Nutzung ein CO₂-neutraler Brennstoff und bietet auf Grund der Verfügbarkeit vor Ort eine Reihe weiterer Vorteile in der Einsparung von CO₂.

Doch die Verbrennung von Holz führt auch zu Emissionen von Luftschadstoffen. Vor allem die Gesamtfeinstaubfracht aus den Kleinfeuerungsanlagen ist in den vergangenen Jahren ständig angestiegen und hat zwischenzeitlich eine Größenordnung erreicht, die die Gesamtfeinstaubfracht aus den PKWs in Deutschland übersteigt. Hierfür sind vor allem alte Kleinfeuerungsanlagen verantwortlich. Von den rund 14 Mio. vorhandenen Einzelraumfeuerungsanlagen in Deutschland sind etwa 50 % älter als 20 Jahre und verantwortlich für über 75 % der gesamten Feinstaubemissionen. Prognosen der künftigen Entwicklung der Feinstaubemissionen zeigen, dass eine deutliche Reduzierung nur unter Einbeziehung der bestehenden Anlagen möglich ist.

Impressum:

Ausgabe Nr. 15/2009

03. Dezember 2009

Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956

Fax: 030/ 227- 76421

Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth

Fabian Bleck

Internet:

www.

cdu-landesgruppe-nrw.de